

Slowakei

Marta Králiková*

Entgegen dem aufkommenden Euroskeptizismus in Mitteleuropa steht die slowakische Regierung einer tieferen Integration des Kerns der Europäischen Union in einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten positiv gegenüber.¹ Schlüsselbereiche, in denen die Slowakei weitreichende Integration befürwortet, sind Fiskal- und Währungsunion, der Schutz der Schengen-Grenzen, die Stärkung der gemeinsamen Verteidigungspolitik und die Erweiterung der Europäischen Union. Gleichzeitig ist die slowakische Regierung mit der Politik der Europäischen Union in anderen Bereichen nicht zufrieden. Beispiele hierfür sind Lösungen in Fragen der Migration nach Europa, der neue mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sowie soziale Fragen wie die Qualitätsunterschiede bei Lebensmitteln oder die Entsendung von Arbeitern innerhalb der Europäischen Union.

Unruhen in der Slowakei: Europäische Werte sind in Gefahr

Bis zum Frühling 2018 wurde die Slowakei als Ausnahme in der Gruppe der Visegrád-Länder gesehen, da keine illiberalen Tendenzen auf nationaler Ebene wahrgenommen wurden. Die Tötung des Investigativ-Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten am 21. Februar 2018 hat die größten zivilen Proteste seit der ‚Samtenen Revolution‘ 1989 ausgelöst. Die Anschuldigungen korrupter Verbindungen zwischen der Regierungspartei SMER-Social Democracy (SD), Firmengruppen und der italienischen Mafia, zu denen auch Kuciak recherchierte², identifizieren Korruption, Staatsvereinnahmung, selektive Justiz und Medienfreiheit als die drängendsten Themen, die die zivilen Unruhen auslösten. Diese Unruhen waren letztendlich für den Rücktritt des Premierministers Róbert Fico und des Innenministers Róbert Kaliňák verantwortlich. Die Koalition blieb trotzdem an der Macht, nun angeführt von Ficos ehemaligem Stellvertreter Peter Pellegrini. Die Anschuldigungen der Korruption und der falschen Nutzung von EU-Geldern im Agrarsektor wurden von einer Sondermission des Europäischen Parlaments im März 2018 bestätigt und sind zur weiteren Untersuchung an das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) weitergeleitet worden.³

Die geopolitische Positionierung der Slowakei bleibt nach wie vor ein Streitpunkt zwischen den nationalen Parteien. Aufgrund dieser Uneinigkeit hat der slowakische Präsident am 23. Oktober 2017 dem damaligen Premierminister Róbert Fico und dem

* Übersetzt aus dem Englischen von Jana Schubert und Gustav Spät.

- 1 Euractiv: Fico ends coalition crisis, insists Slovakia should stick to EU's core, 16.8.2017, abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/central-europe/news/fico-ends-coalition-crisis-insists-slovakia-should-stick-to-eus-core/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).
- 2 The Slovak Spectator: Italian mafia in Slovakia. Tentacles reaching out to politics. 28.2.2018. abrufbar unter: <https://spectator.sme.sk/c/20770432/italian-mafia-in-slovakia-tentacles-reaching-out-to-politics.html> (letzter Zugriff: 1.7.2018).
- 3 Europäisches Parlament: Report on the ad hoc delegation to Slovakia, 7.–9.3.2018, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/cmsdata/140001/Ad%20hoc%20delegation%20to%20Slovakia_report_20180313.pdf (letzter Zugriff: 1.7.2018).

Parlamentspräsidenten Andrej Danko vorgeschlagen, in einer Erklärung die europäische Integration und die NATO uneingeschränkt zu unterstützen.⁴ Angesichts schwindender politischer Einigkeit in diesen Bereichen war dies ein wichtiges Zeichen, um die geopolitische Positionierung der Slowakei zu unterstreichen. Eine positive Entwicklung stellten die vom Ministerium für Außen- und Europapolitik initiierten „We are the EU“-Versammlungen (#MySmeEU) dar, die die Rolle der Europäischen Union besser kommunizieren und der öffentlichen Diskussion zur Zukunft der Europäischen Union dienen sollten.⁵

Europapolitische Positionen

Die Slowakei begrüßt die Deutsch-Französische Kooperation zur Vertiefung der europäischen Integration in Bereichen wie der Währungsunion und der Verteidigungspolitik. Als vollwertiges Mitglied der Eurozone unterstützt es deren Vertiefung und Stabilisierung (etwa durch den Europäischen Stabilisationsmechanismus ESM) sowie die Vollendung der Bankenunion. Auch die deutsch-französische Initiative, eine gemeinsame Finanzierung und Entwicklung militärischer Infrastruktur voranzutreiben, aus der die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) hervorging, wurde positiv aufgenommen. Die Slowakei ist seit deren Etablierung im November 2017 Mitglied der SSZ. Für die Slowakei bedeutet die SSZ nicht nur einen weiteren Schritt in Richtung effizienterer Reaktion der Europäischen Union auf Herausforderungen auf globaler Ebene und in der europäischen Nachbarschaft, sondern sie ist auch eine Gelegenheit, die eigenen Streitkräfte zu stärken und zu modernisieren. In sozio-ökonomischen Angelegenheiten konnte die Slowakei ebenso Erfolge verbuchen. So wurden Qualitätsunterschiede bei Lebensmitteln, die von osteuropäischen Mitgliedstaaten aufgedeckt und während der slowakischen Ratspräsidentschaft problematisiert wurden, von der Europäischen Kommission verboten.⁶ Das Treffen der Visegrád-Staaten mit dem französischen Präsidenten Macron im April 2018 erleichterte die Abstimmung der slowakischen Position zur Reform der Entsenderichtlinie, die im Mai 2018 beschlossen wurde, mit der Position anderer EU-Staaten.

Kritisch sieht die slowakische Regierung hingegen den Vorschlag der Europäischen Kommission für den nächsten MFR von 2021 bis 2027. Vor allem die Einsparungen in der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu Gunsten neuer Prioritäten wie etwa Migration, Grenzschutz, Sicherheit oder Forschung und Entwicklung werden mit Skepsis betrachtet. Trotz der Tatsache, dass die Slowakei ein Nettoempfänger bleibt, werden die finanziellen Mittel aus dem Kohäsionsfonds aufgrund der relativen Angleichung der slowakischen Wirtschaftsleistung an den europäischen Durchschnitt abnehmen.⁷ Bezüglich des Vorschlags, die Vergabe von EU-Fördermitteln an die Einhaltung rechts-

4 The Office of the President of the Slovak Republic: Declaration of the President, the Chair of the Parliament and the Prime Minister about the EU and NATO, Pressemitteilung, 23.10.2017, abrufbar unter: <https://www.prezident.sk/en/article/vyhlasenie-prezidenta-predsedu-narodnej-rady-a-predsedu-vlady-k-eu-a-nato/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

5 Ivan Korčok: Slovakia did not hesitate to start its national EU convention, 10.4.2018, abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/future-eu/opinion/slovakia-did-not-hesitate-to-start-its-national-eu-convention/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

6 Euractiv: EU bans dual quality food after pressure from eastern members, 12.4.2018, abrufbar unter: <https://www.euractiv.com/section/agriculture-food/news/eu-bans-dual-quality-food-after-pressure-from-eastern-members/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

7 Radka Minarechová: How will the new EU budget impact Slovakia? 10.5.2018, abrufbar unter: <https://spectator.sme.sk/c/20822996/how-will-the-new-eu-budget-impact-slovakia.html> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

staatlicher Prinzipien zu knüpfen, hat sich die Slowakei grundsätzlich positiv geäußert. Jedoch hat die Regierung Einwände gegenüber der unklaren und vagen Formulierung dieser Prinzipien sowie der unklaren Befugnisse der Europäischen Kommission hervorgebracht. Sie befürchtet eine selektive Nutzung der Regeln.⁸ Außerdem sieht die Slowakei das Verknüpfen von Teilen des Kohäsionsfonds mit dem neuen Reformhilfeprogramm kritisch. Dieses soll grundlegende Reformen im Rahmen des Europäischen Semesters unterstützen. Obwohl die Slowakei den erhöhten Anreiz zur Reformdurchführung durch ein solches Instrument anerkennt, möchte die Regierung den Fokus weiterhin auf die Ziele Konvergenz und Verringerung von regionalen Unterschieden legen.⁹

Das von der Europäischen Kommission ausgelöste Rechtsstaatlichkeitsverfahren nach Art. 7 EUV, das in Anbetracht der Entwicklungen in Polens Rechtssystem ausgelöst wurde, wird ebenfalls mit Skepsis gesehen. Die Slowakei erkennt an, dass die Rechtsstaatlichkeit in Polen überwacht werden muss, sieht ein Verfahren nach Art. 7 EUV jedoch als äußersten Schritt an, der erst nach Ausschöpfung aller Dialogmöglichkeiten mit Polens Regierung gegangen werden sollte.¹⁰

Antworten auf europäische Herausforderungen

Die Slowakei bleibt nach wie vor ein strikter Gegner des von der Europäischen Kommission im Jahr 2015 vorgeschlagenen Quotensystems zur Verteilung von Geflüchteten, die in Italien oder Griechenland angekommen sind. Der Europäische Gerichtshof hat die Klage von Ungarn und der Slowakei gegen die Europäische Kommission im Dezember 2017 abgewehrt und der Kommission und ihren Entscheidungen Recht gegeben. Auch wenn die Slowakei 16 der von der Kommission für die Slowakei vorgeschlagenen Quote von 902 Geflüchteten aufgenommen hat, bleibt die Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung.¹¹ Die slowakische Regierung befürwortet alternative Lösungsvorschläge wie eine bessere Überwachung der EU-Außengrenzen und Unterstützung für die Heimatländer der Geflüchteten. Aus diesem Grund steht sie der Institutionalisierung der Unterstützung für EU-Partner in Afrika und europäische Nachbarn durch den neu eingerichteten Fonds für Nachhaltige Entwicklung, der bereits während der slowakischen Ratspräsidentschaft vorangetrieben wurde, positiv gegenüber. Mit dem österreichischen Kanzler Sebastian Kurz, der deutschen Christlich-Sozialen-Union (CSU) in der deutschen Bundesregierung und mit Frankreich sieht die Slowakei einen größeren Spielraum für mehr Konvergenz in Fragen der Migration.

-
- 8 Ministry of Foreign and European Affairs of the Slovak Republic: Preliminary position to the Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on the protection of the Union's budget in case of generalised deficiencies as regards the rule of law in the Member States (auf Slowakisch), Abrufbar unter: <https://www.slov-lex.sk/legislativne-procesy/-/SK/dokumenty/LP-2018-300> (letzter Zugriff: 1.7.2018).
 - 9 Zuzana Gabrižová: Slovensko nepodporí pilotnú schému presmerovania eurofondov na reformy, 7.5.2018, abrufbar unter: <https://euractiv.sk/section/buducnost-eu/news/slovensko-nepodpori-pilotnu-schemu-presmerovania-eurofondov-na-reformy/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).
 - 10 Ministry of Foreign and European Affairs of the Slovak Republic: Preliminary position proposal to the Proposal for a Council decision on the determination of a clear risk of a serious breach by the Republic of Poland of the rule of law (auf Slowakisch), Abrufbar unter: <https://www.slov-lex.sk/legislativne-procesy/-/SK/dokumenty/LP-2018-79> (letzter Zugriff: 1.7.2018).
 - 11 Cynthia Kroet: ECJ rejects Slovakia, Hungary refugee challenge, 6.9.2017, abrufbar unter: <https://www-politico.eu/article/ecj-rejects-slovakia-hungary-refugee-challenge/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

Die Außenpolitik der Europäischen Union

Die slowakische Position ist in wichtigen außenpolitischen Themen, wie etwa dem Syrienkrieg, Beziehungen mit dem Iran, Russland, der Ukraine oder dem westlichen Balkan, eng mit der gesamteuropäischen Position abgestimmt. Als traditioneller Befürworter der EU-Erweiterung sieht die Slowakei diese als Mittel zur Stabilisierung und Modernisierung von Beitrittskandidaten und als strategische Investition in ein sicheres und stabiles Europa, insbesondere angesichts der Herausforderungen, vor denen die Europäische Union innen- und außenpolitisch steht. Vor diesem Hintergrund unterstützt die Slowakei die Europäische Kommission in ihrem Vorschlag, die Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Albanien zu eröffnen. Außerdem sieht die slowakische Regierung den Fortschritt in den Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien positiv und unterstützt eine klare und glaubhafte Beitrittsoption für die Kandidatenländer. Die Kooperation mit Ländern des westlichen Balkans im Rahmen der vom ‚Centre for Transferring Experience from Integration and Reforms‘ (CETIR) initiierten Entwicklungshilfe wird von der slowakischen Regierung begrüßt und aktiv unterstützt. Hinsichtlich der Beitrittsgespräche mit der Türkei teilt die Regierung die Bedenken der Europäischen Kommission in Bezug auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sowie die Kritik an der Menschenrechtslage und am anhaltenden Ausnahmezustand, der politische und zivile Rechte einschränkt.

Weiterführende Literatur:

Europäische Kommission: Commission Staff Working Document: Country Report Slovakia 2018, 7.3.2018, KOM(2018) 120 final.

Grigorij Mesežnikov/Oľga Gyárfášová: Slovakia's Conflicting Camps, in: Journal of Democracy (3)29/2018, S. 78–90.

Oľga Gyárfášová: The Winter of Our Discontent, In: Visegrad Insight, 27.5.2018.

The Office of the President of the Slovak Republic: The President's Statement on the State of the Republic. 13.06.2018, abrufbar unter: <https://www.prezident.sk/en/article/prezidentova-sprava-o-stave-republiky-potrebuje-pravny-stat/> (letzter Zugriff: 1.7.2018).